

„Trägerrakete“ verursacht Krach

Ministeriengesetz soll kein Indiz für baldige Koalition sein

Gerald John

Wien – Alle paar Jahre wieder eine „Trägerrakete“: Wie schon ÖVP und FPÖ anno 2017 beschlossen auch die türkis-grünen Koalitionspartner in spe einen sogenannten Fristsetzungsantrag für ein neues Bundesministeriengesetz und ein Budgetprovisorium. Damit könnte beides im nächsten Plenum des Nationalrats beschlossen werden.

Sinn der Sache: Wenn die Regierung wirklich steht, könnte die Ressortverteilung samt den dazugehörigen Budgets schnellstmöglich fixiert werden. Andernfalls, heißt es aus der ÖVP, hätte eine destruktiv aufgelegte Opposition die Möglichkeit, die Gesetze durch Geschäftsordnungstricks lange hinauszuzögern.

SPÖ, FPÖ und die Neos sehen die Trickserei allerdings auf türkis-grüner Seite, sie reagierten empört. Die kurze Fristsetzung ermögliche, dass die Gesetze ohne Beratung in einem Ausschuss beschlossen werden könnten, kriti-

siert Neos-Vizeklubchef Nikolaus Scherak. Aber haben ÖVP und Grüne nicht angekündigt, ohnehin einen Ausschuss einberufen zu lassen? „Das ist doch kein Gnadenrecht“, sagt Scherak.

Werner Zögernitz bewertet die Causa entspannter. Grundsätzlich sei er gegen die Praxis der Trägerraketen, sagt der Direktor des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, doch im konkreten Fall hat er für die „Vorsorgemaßnahme“ Verständnis. Eine neue Koalition habe ein begründetes Interesse, rasch reibungslos arbeiten zu können, argumentiert er, und die Kompetenzverteilung betreffe ja die Regierung selbst: „Da muss das Parlament nicht unbedingt das letzte Wort haben.“

Ist das vorbereitete Ministeriumsgesetzes ein Indiz dafür, dass die Regierungsbildung sehr bald – also noch vor Weihnachten – erfolgen wird? Eine Nachfrage bei türkisen und grünen Insidern bestätigt dies nicht: Der Beschluss sei so oder so nötig gewesen.